

Wahlprüfsteine Bundesverband Deutscher Milchviehhalter – Antworten der CDU Saar

I. Milchmarkt

1. *Wie steht Ihre Partei nach den Erfahrungen aus den vergangenen Milchmarktkrisen zu den Forderungen der Milchviehhalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengengrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen?*
2. *Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage in Marktkrisenphasen alleine in der Branche?*
3. *Wie stehen Sie zur Gründung von „Branchenverbänden/-organisationen“? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müsste eine entsprechende „Branchenorganisation Milch“ zugesprochen bekommen?*
4. *Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf in Form einer verpflichtenden Vorgabe von Vereinbarungen über Preis, Menge, Dauer und Qualität der gesamten Liefermengen (Artikel 148 GMO) oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?*
5. *Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Marktstellung der Milchviehhalter durch die Definition dieser als eigene Branche zu erhöhen (BDM-Sektorstrategie 2030)?*

Wie von Ihnen bereits dargestellt, handelt es sich beim Milchmarkt nicht mehr nur um einen regionalen oder nationalen Markt, sondern vielmehr um einen EU-Binnenmarkt; für uns stellt er sogar einen Weltmarkt dar. Die Entwicklungen auf den nationalen und internationalen Milchmarkt und ihre Einflüsse auf den Milchpreis sind komplex. Ein wichtiger Baustein besteht für uns darin, die Handelsbeziehungen zu anderen Ländern kontinuierlich auszubauen und mögliche Handelsbeschränkungen abzumildern bzw. nicht einzuführen.

Hinsichtlich der Preisgestaltung muss im Ergebnis auf die vorherrschende Privatautonomie verwiesen werden. Die Preisfindung stellt ein marktwirtschaftliches Problem dar, das über den Ausgleich von Angebot und Nachfrage reguliert wird. Diesbezügliche Strukturen werden auf Bundes- respektive europäischer Ebene festgelegt. Dessen ungeachtet werden wir uns aber auch zukünftig über Bundesratsinitiativen für die Belange und Interessen der Milchbauern einsetzen.

Die Gründung von Branchenverbänden oder Branchenorganisationen stehen wir positiv gegenüber. Dieses eigenverantwortliche Handeln der agierenden Milchbauern werden wir auch zukünftig unterstützen. Insbesondere in der regionalen Vermarktung sehen wir enormes Potential. Die regionale Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten nimmt einen immer größeren Stellenwert ein – gerade in Zeiten, in denen die Verunsicherung der Verbraucher aufgrund der unterschiedlichen Lebensmittelskandale kontinuierlich gewachsen ist. Die Direktvermarktung bietet Kunden den Vorteil, dass Sie sich beim Kauf im Hofladen oder auf dem Bauernmarkt direkt beim Erzeuger über seine Produktionsweise informieren können. Darüber hinaus können Sie sich bewusst für regionale Erzeugnisse aus der integrierten landwirtschaftlichen Produktion oder nach ökologischen Bedingungen entscheiden.

II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik 2022/allgemeine Agrarpolitik

1. *Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2027 neben der langfristigen Sicherung der Agrargelder vor allem auch mit deutlichen Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu befassen?*
2. *Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2027 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten kann?*
3. *Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme in der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder / Direktzahlungen gelöst werden können? Wie stehen Sie hier zu einer möglichen Kappung oder Degression der Direktzahlungen oder einer stärkeren Förderung der ersten Hektare?*

Unsere Zielsetzung wird sein, eine gemeinsame Position mit der Bundesregierung zu fassen, damit Milchbauern in eine auskömmliche Position gebracht werden. Hierbei sollen insbesondere auch die im Rahmen der Borchert Kommission erarbeiteten Vorschläge und Ziele helfen, damit die Nutztierhaltung und die damit verbundene Strategie kontinuierlich weiterentwickelt und an die gegebenen Rahmenbedingungen angepasst werden kann.

Unser Ansatz besteht auch darin, die kleinteilige Landwirtschaft, bestehend aus vielen Familienbetrieben, nicht nur zu erhalten, sondern auch in besonderer Weise zu fördern und stehen einer stärkeren Förderung der ersten Hektare offen gegenüber.

III. Herkunftskennzeichnung/Standardisierung

1. *Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung?*
2. *Ist Ihre Partei der Meinung, dass sich höhere Standards auch zwingend in den Produktpreisen für landwirtschaftliche Güter ausdrücken müssen?*
3. *Welche Wege scheinen Ihrer Partei zur Deckung der zusätzlichen Kosten der Standardisierung angemessen und durchsetzbar?*

Die CDU Saar unterstützt die Bestrebungen für eine klare Produkt- und Herkunftskennzeichnung ausdrücklich. Hinsichtlich vorstehend genannter Thematik stehen für Durchlässigkeit und Transparenz ein.

Höhere Standards müssen sich zwingend auch in den Produktpreisen niederschlagen; die Preisgestaltung muss aber auch sozialen Gesichtspunkten und Aspekten entsprechen. Durch Angebot und Nachfrage wird sich dementsprechend ein Preis auf dem Markt einstellen.

Wir werden uns für eine Initiative einsetzen, die die Vorteile qualitativ hochwertiger Produkte in den Vordergrund stellen und somit zugleich zu einem Mehr an Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung führen soll. Die Rahmenbedingungen können hier durch die Politik gesetzt werden, die Umsetzung und die Durchdringung des Marktes hängt letztlich vom jeweiligen Käuferinteresse ab.

IV. Tierwohl

1. *Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme hin zu mehr Tierwohl finanziert werden und sehen Sie die Vorstellung der Borchert-Kommission hinzu als zielführend an?*
2. *Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?*
3. *Wie können Milchviehbetriebe, die in einer teilweisen Anbindehaltung (Kombinationshaltung) wirtschaften, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?*
4. *Wie kann sichergestellt werden, dass Milch aus Kombinationshaltung auch weiterhin im Trinkmilchbereich vermarktet werden kann?*
5. *Die Schlussfolgerungen der Borchert-Kommission stellen die Nutztierhalter vor große Herausforderungen (Platzanforderungen, Außenklima). Ist nach Meinung Ihrer Partei eine Abstockung der Tierbestände mit diesen Anforderungen verbunden und wie sollen die notwendigen Investitionen bzw. der Einnahmeausfall durch Abstockung finanziert werden?*

Kern der Vorschläge der Borchert-Kommission ist ein Umbau der Tierhaltung in mehreren Stufen bis zum Jahr 2040. Die Empfehlungen geben vor, den gesetzlichen Standard bis 2030 auf die Stufe 1 des Tierwohlkennzeichens und bis 2040 auf die Stufe 2 zu erhöhen. Dafür soll es ein zunächst nationales und freiwilliges Tierwohlkennzeichen geben, das ab 2025 zu einem verpflichtenden EU-Label wird. Für den Umbau setzt die Kommission einen Förderbedarf der Landwirte von 3,6 Mrd. € bis 2040 an. Die Borchert-Kommission präferiert das Geld dafür über eine mengenbezogene Abgabe oder Verbrauchssteuer auf tierische Produkte bei den Verbrauchern einzuholen. Die Vorschläge der Borchert-Kommission sind zielführend und ein weiterer Baustein für mehr Tierwohl. Darüber hinaus wurde das Papier mit den einschlägigen Verbänden abgestimmt, einstimmig durch die Agrarminister verabschiedet und kann demzufolge als großer Erfolg verbucht werden.

Hinsichtlich der Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln stehen wird ganz klar für eine Vereinheitlichung. Diese Vereinheitlichung muss allerdings auf Bundesebene erfolgen und einheitlich umgesetzt werden.

Die durch Sie dargestellten Herausforderungen für Nutztierhalter infolge der Borchert-Kommission können für das Saarland insoweit nicht nachvollzogen werden; eine tierwohlgerechte Haltung erfolgt hier bereits seit Jahren. Darüber hinaus werden entsprechende Mittel durch die GAP bereitgestellt.

V. Digitalisierung

1. *Welche Chancen und Risiken sehen Sie in der Digitalisierung in der Landwirtschaft?*
2. *Wie möchten Sie die Datenhoheit und Datensicherheit der betreffenden LandwirtInnen sicherstellen?*
3. *Wie sollen die zusätzlichen Kosten gerade von kleinen und mittleren Betrieben getragen werden?*

Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Digitalisierung ist eine flächendeckende Verfügbarkeit ausreichender Netzgeschwindigkeit. Durch den „NGA-Netzausbau Saar“ stehen bereits 50 Mbit/s für 98 Prozent der Haushalte zur Verfügung; damit stehen wir an der Spitze der Flächenbundesländer. Dabei bleiben wir jedoch nicht stehen: Wir wollen künftig gigabitschnelle Glasfasernetze überall zum neuen Standard machen. Wir werden den Ausbau zuerst dort vorantreiben, wo der Bedarf am größten ist: im Laufe des Jahres 2022 werden wir unsere Schulen ans Glasfasernetz anschließen. Schnell sollen die Glasfasernetze auch in der Fläche ankommen. Die Netzbetreiber haben angekündigt, große Teile des Saarlandes aus eigener Kraft mit Glasfaser zu erschließen. Das werden wir mit Nachdruck unterstützen: durch schlanke Genehmigungsverfahren, aktive Mitwirkung und die Weiterentwicklung des Breitbandbüro Saar. Wo der Markt versagt, setzen wir Fördermittel ein und stellen dafür 100 Mio. Euro an Landesgeldern zur Verfügung. Zudem wollen wir Förderprogramme für Unternehmen fortführen, die bereits kurzfristig eine Glasfaserleitung benötigen.

Wir nehmen den Schutz personenbezogener Daten als Grundvoraussetzung für vertrauensvollen Einsatz von IT sehr ernst. An dieser Stelle arbeiten wir sehr eng mit dem CISPA Helmholtz Institut zusammen, um eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Wir wollen aber auch die Möglichkeiten nutzen, die das derzeitige Datenschutzrecht bietet, um Daten zugunsten der Forschung, der Wirtschaft und der besseren Planung in der öffentlichen Verwaltung zu nutzen. Dabei ist für uns zentral: Wir machen keine Kompromisse beim Schutz der personenbezogenen Daten, sondern sorgen durch regulatorische Vorgaben und praktische Umsetzung für Handlungssicherheit auf allen Seiten.